

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1922

28.10.1922 (No. 252)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfach
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. Amend,
Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für Oktober 216 M. — Einzelnummer 7 M. — Anzeigengebühr: 7 M. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Anzeigen sind zu richten an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14 zu senden und werden in Bearbeitung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Abdruck fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Besoldungsregelung für die badischen Beamten.

Nachdem der Reichstag unterm 23. Oktober d. J. die Änderung der Reichsbesoldungsgesetzes mit Rückwirkung vom 1. Oktober 1922 genehmigt hat, hat das badische Staatsministerium auf Antrag des Finanzministeriums unterm 26. dieses Monats auch die erforderliche Änderung und Angleichung des badischen Besoldungsgesetzes beschlossen. Dieser Beschluß wird, da der Landtag zurzeit nicht berufen ist, vom Staatsministerium auf Grund der Ermächtigung in § 56 Absatz 2 der badischen Verfassung als vorläufiges Gesetz — Ratgesetz — verkündet und sofort in Vollzug gesetzt werden. Das Ratgesetz wird dem Landtag bei seinem nächsten Zusammentritt zur Genehmigung sofort vorgelegt werden. Von der beschleunigten Möglichkeit der alsbaldigen Erlassung des Gesetzes wurde Gebrauch gemacht, um die Auszahlung der sich ergebenden Mehrbeträge an die Landesbeamten innerhalb der kürzesten Frist zu ermöglichen, da sonst mit dieser Nachzahlung bis zum nächsten Zusammentritt des Landtags hätte zugewartet werden müssen. Die nachzuzahlenden Beträge sollen nunmehr nach den vor kurzem bekannt gegebenen neuen Bestimmungen von den einzelnen Beamten oder Besoldungsstellen selbst errechnet werden und nach den Besoldungsdienstvorschriften sofort zur Zahlung kommen. Es kann erwartet werden, daß die Beamten auf diese Weise die Nachzahlung in der kürzesten Frist erhalten.

Schulbefreiung für die Kartoffelernte.

Das Ministerium des Kultus und Unterrichts hat die Schulbehörden und Leiter der ihm unterstellten Schulen ermächtigt den Schülern auf Ansuchen frei zu geben, soweit es zur Einbringung der Kartoffelernte erforderlich erscheint.

Die Reparationskrise.

Unter dieser Überschrift veröffentlicht die Reichskorrespondenz „Nord-Süd“ folgende Ausführungen ihres Berliner Mitarbeiters: Was der für das Ende dieser Woche angekündigte Besuch der Reparationskommission in Berlin uns bringen wird, ist eine offene Frage, deren Beantwortung durch die Ereignisse man mit all der frühen Resignation entgegensehen wird, zu der wir durch die schwersten aller Zeiten allmählich erzogen worden sind. Bemerkenswert ist jedenfalls auf der einen Seite, daß man in den nationalistischen Kreisen Frankreichs der Reise recht unfreundlich gegenübersteht und sie als zum mindesten überflüssig bezeichnet — der Gedanke muß demnach englischen Ursprungs sein — auf der anderen Seite scheint man sich aber auch in England von dem Besuch nicht eben viel zu versprechen und in den Gewaltspolitik abgeneigten Londoner Kreisen ist man sogar der Ansicht, der eigentliche Zweck könnte der sein, dem englischen Delegierten Bradbury den Rückzug aus der bisher eingenommenen Position zu erleichtern. Die Reparationskommission, so meint man in diesem Lager, würde der deutschen Regierung gewisse Kontrollmaßnahmen annehmen, die ihrer Natur nach zurückgewiesen werden müßten, und daraus würde dann das bestimmte Verschulden konstruiert werden, das der französischen Reparationspolitik den Weg frei machen soll.

Das sind, wie gesagt, Vermutungen, die ebenso trügen wie in Erfüllung gehen können. Sicher ist eben zunächst, daß die Verhältnisse, so ernst sind, wie noch nie. Sicher ist aber auch, daß es selbst unter den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus falsch ist, von einem Bankrott der Erfüllungspolitik zu sprechen. Das könnte man tun, wenn Deutschland jemals eine Erfüllungspolitik hätte treiben wollen, die davon ausgegangen wäre, es ließe sich alles bezahlen, was unsere Gläubiger von uns verlangen. Eine solche Erfüllungspolitik hat es aber niemals gegeben, sondern sie war immer so gebastelt, daß wir auf dem Wege des praktischen Versuchs und der äußersten Anstrengung die Unmöglichkeit einer Erfüllung der Reparationspflichten nachzuweisen wollten. Und so weit sind wir jetzt. In Paris allerdings herrscht immer noch die Götterstrichung, die das nicht zugeben will, und jeden Tag, den Gott werden läßt, von neuem den Satz aufstellt, der böse Wille Deutschlands sei an allem schuld. Aber im Grunde glaubt man ja das selbst nicht, sondern man tut nur, als ob man es glaubte, weil man damit die Zwangsmassnahmen begründen kann, die in Wirklichkeit reiner Selbstzweck sind.

Wie gewichtig, als alle diese Anschuldigungen ist jedenfalls die Tatsache, daß die Vertreter der alliierten Ausgleichsamter dieser Tage mit den Vertretern des Reichsausgleichsamts ein Abkommen geschlossen haben, das Deutschland bis zum 10. Juli 1923 auch von denjenigen Verzinsungen befreit, die sich aus dem Ausgleichsverfahren ergeben, und statt der Verzinsungen die Auszahlung von Schatzanweisungen vorsieht, die vom 10. Juli 1923 bis zum 10. Oktober 1923 in monatlichen Teilbeträgen von 300 000 bis 500 000 Pfund fällig werden. Dieses Abkommen bedarf noch der Zustimmung der Reparationskommission, die ohne Zweifel auch von dem Ergebnis der Berliner Beobachtungen und Verhandlungen abhängen wird. Aber daß die Vereinbarung überhaupt zustande gekommen ist, obwohl durch den Beschluß der Reparationskommission vom 31. August auch schon die eigentlichen Reparationszahlungen unterbrochen sind, muß doch als eine unzweideutige Anerkennung der Tatsache gelten, daß Deutschland unter den gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt nichts mehr zahlen kann.

Das ist genau, was J. M. Keynes vorausgesagt hat, es ist aber auch nicht weit entfernt von dem, was die Vertreter der sog. Erfüllungspolitik, die amtlichen wie die nichtamtlichen, sich von Anfang an gefast und erwartet haben. Man hat ja wohl mit einer so ungeheuren Entwertung der Mark nicht gerechnet und auch nicht rechnen können, wie es im Grunde noch heute an jeder ausreichenden Erklärung und jeder sachlichen Rechtfertigung für diese katastrophale Entwicklung fehlt, aber daß Deutschland in verhältnismäßig kurzer Zeit an dem Punkte anlangen mußte, wo es nunmehr angelangt ist, darüber konnte kein Urteilsfähiger im Zweifel sein. Die Reparationspolitik unserer Gläubiger mußte sich selbst ad absurdum führen und sie hat sich ad absurdum geführt. Freilich auf einem Wege, der ein wahrer Leidensweg für uns war und ist; aber auch darauf hat man gefaßt sein müssen.

Ist somit der Beweis erbracht, daß die Reparationspolitik der alliierten Mächte undurchführbar ist und daß ihre Fortsetzung uns nur immer tiefer ins Verderben stürzen müßte, ohne daß irgend jemand einen Nutzen davon hätte, so warten wir doch leider immer noch vergebens auf den Entschluß unserer Gläubiger, daraus die entsprechenden Folgerungen zu ziehen. Hoffentlich zeitigen die Berliner Besprechungen diesen Entschluß und bestreiten damit Europa von dem schwersten Druck, der auf ihm lastet. Die Ereignisse in England machen den Weg für einen solchen Entschluß frei. Das „Moral-Untershaus“ ist am 26. September aufgelöst worden und nicht nur die Arbeiterpartei, sondern auch Lloyd George haben auf ihren Programm eine vernünftige Herabsetzung der Reparationslast gefordert. Auch das ist im gewissen Sinne ein Erfolg der Erfüllungspolitik, die er sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht mit Worten zu protestieren, die mit jeder Wiederholung an Kraft und Wirkung verlieren müßte, sondern die Tatsachen für sich sprechen zu lassen.

Politische Neuigkeiten.

Das Manifest Bonar Laws.

Der neue Premierminister Bonar Law hat ein Wahlmanifest erlassen, das, wie die Blätter hervorheben, zugleich ein Parteimanifest ist. Darin erklärt Bonar Law, die Krise, die so plötzlich entstanden sei, habe es unbedingt notwendig gemacht, daß ein sofortiger Appell an das Volk gerichtet werde. Die Nation bedürfe über alles andere der Ruhe, der Stetigkeit im Innern und nach außen. Auf diese Weise könnte man weit besser als durch irgend eine Aktion der Regierung hoffen, sich von den wirtschaftlichen und sozialen Folgen des Krieges zu erholen. Bonar Law kündigte die bevorstehende Auflösung des Kabinettssekretariats in seiner jetzigen Form an, sowie die Übertragung des Apparates für den Völkerbund an das Foreign Office. Auch bei jeder zukünftigen internationalen Konferenz, auch da, wo es notwendig sei, daß er als Ministerpräsident daran teilnehme, sollen der Konferenzapparat und die mit der Konferenz zusammenhängenden Vorarbeiten nicht vom Kabinettssekretariat, sondern vom Foreign Office bewerkstelligt werden. Im gegenwärtigen Augenblick sei das höchste auswärtige Interesse nicht allein Großbritanniens und des britischen Reiches, sondern der Welt die Wiederherstellung des Friedens.

Das Manifest fährt fort: „In allen auswärtigen Beziehungen beschließen wir, einen geraden Weg zu verfolgen und die übernommenen Verpflichtungen zu erfüllen, zugleich fest entschlossen, unsere Verpflichtungen nicht auszudehnen und, falls sich eine angemessene Gelegenheit bietet, sie einzuschränken. Durch uneingeschränktes Zusammenwirken, oft unter großen Schwierigkeiten und bei großen Meinungsverschiedenheiten haben wir den Krieg gewonnen. Nur durch dasselbe uneingeschränkte und offene Zusammenwirken, geführt in demselben Geiste, mit Frankreich und unseren anderen großen Alliierten, können wir hoffen, die schwierigen Probleme zu lösen, denen wir jetzt gegenüberstehen.“

Es ist meine persönliche Hoffnung, daß unter der vielversprochenen Führung des Staatssekretärs für auswärtige Angelegenheiten die Verhandlungen für die Regelung der Orientkrise zu einem wahren und dauernden Frieden führen werden, der beiträgt sowohl zur politischen Ruhe im Nahen und Mittleren Osten, womit so viele unserer Reichsinteressen verknüpft sind, als auch zur persönlichen Sicherheit und Wohlfahrt der Bewohner aller Rassen und Konfessionen in Ge-

genden, die der Schauplatz so vieler Unruhen und Leiden gewesen sind. Das erste Ziel der Regierung wird es sein, dem Völkerverbund volle und tatkräftige Unterstützung zu gewähren. Aufrechterhaltung der Freundschaft und des guten Einverständnisses mit den Vereinigten Staaten muß stets ein Hauptziel der britischen Politik sein. Die erste Aufgabe der Regierung wird die Ratifizierung des irischen Vertrages sein. Sie wünscht eine ruhige und geordnete Entwicklung in Indien unter der durch das Gesetz von 1919 bestimmten Verfassung.

Im Inneren ist augenblicklich die Lage des Handels und des Gewerbes die Hauptsache. Sparsamkeit ist ein wesentlicher Punkt des Programms. Die europäischen Märkte, die Großbritannien infolge des Krieges verloren hat, können am besten ersetzt werden durch Weiterentwicklung des Handels mit den überseeischen Ländern, insbesondere innerhalb des britischen Reiches.

Über die Reparationen sagte Bonar Law, die Frage sei nicht leicht zu lösen und sei fast hoffnungslos. Aber nichts sei hoffnungslos, an das man mit gutem Willen und mit dem Entschluß herangehe, zu einem Ergebnis zu gelangen. Er habe die Empfindung, daß man im Lande zu sehr geneigt sei, anzunehmen, daß es das einfachste Ding von der Welt für England sei, tausende von Millionen zu zahlen, und daß es unmöglich sei, etwas von Deutschland herauszubekommen. Er sei nicht dieser Ansicht. Die Bedürfnisse Frankreichs seien sehr dringend und es könnte sein, daß ein Abkommen unmöglich sein würde. Aber Frankreich und Großbritannien gingen an diese Sache mit demselben Ziel im Auge heran. Bonar Law fuhr fort, wir brauchen etwas von Deutschland, wenn wir es erhalten können. Frankreich brauche es vielleicht noch mehr. Unser Leiden kommt nicht in verwüsteten Gebieten zum Ausdruck, sondern es zeigt sich an den Fabriken und der Arbeitslosigkeit.

In einer Rede in Glasgow, die sich größtenteils mit seinem veröffentlichten Manifest deckt, erklärte der neue Premierminister Bonar Law weiter, die wirklichen Schwierigkeiten hingen mit den Wiederherstellungen zusammen. Er liebe es nicht, darüber zu sprechen, aber jedermann wisse, daß nach dem von der französischen Presse das Gefühl der größten Bitterkeit gegenüber England entstanden sei. Seiner Ansicht nach sei dies nicht gerechtfertigt. Es geschehe niemandem in England Unrecht, am wenigsten sei dies bei Lloyd George der Fall, den der glänzenden Opfer gedachte, die Frankreich im Kriege gebracht habe, und der bestrebt sei, das alliierte Frankreich ehrenhaft und fair zu behandeln.

Bei den Wahlen in England habe jedermann, und nicht nur Lloyd George und seine Anhänger, gesprochen, als wenn sie dächten, Deutschland werde die ganzen Kriegsschulden bezahlen. Bonar Law sagte, er habe dies niemals geglaubt. Er sei außer Fühlung mit seinen Anhängern im Unterhaus gewesen bei der Aussprache seinerzeit, als der Vertrag von Versailles vereinbart worden sei. Er sei nicht allzu zuversichtlich gewesen. Er habe von Anfang an gewußt, daß diese große Summe unmöglich sei. Er könne ehrlich sagen, er habe niemals die Hoffnung gehabt, daß sie bezahlt werde. Nicht nur das britische Volk, sondern auch das französische Volk und die französische Regierung müßten einsehen, daß die gesamte künftige Wohlfahrt Europas und damit der Welt von dem gemeinsamen Vorgehen abhängen.

Über die Beziehungen zu Amerika sprach er, er hoffe, daß die Zeit kommen werde, wo auf die eine oder andere Weise die Vereinigten Staaten mit dem Völkerverbund vereinigt sein würden. Dadurch würde sein Wert ungeheuer vermehrt werden.

De Valera Präsident der Republik Irland.

Der Dail Eireann, das Parlament und die Regierung der Republik in Irland sind zu einer geheimen Sitzung zusammengetreten und haben einen Beschluß angenommen, der den Freistaat ablehnt und de Valera zum Präsidenten der Republik und ersten Beamten ernannt. Gleichzeitig wurde ein Staatsrat von 12 Mitgliedern gebildet. In offiziellen Kreisen in London, die in Verbindung mit den irischen Angelegenheiten stehen, mißt man dieser Wendung der Dinge keine sonderliche Bedeutung bei und ist davon überzeugt, daß sie die Absicht der Regierung, den irischen Vertrag anzuerkennen, keineswegs durchkreuzen wird.

Rücktritt des italienischen Kabinetts.

Das Kabinett De Facta ist zurückgetreten unter der Drohung der Faschisten, die die Teilnahme an der Regierung verweigern und die allgemeine Mobilisation sämtlichen faschistischen Organisationen in Italien durch Dekret bestimmen haben. Man sieht hier die Lage indessen ziemlich optimistisch an und glaubt die Bildung eines Ministeriums durch Orlando oder Giolitti voraussetzen zu können.

Der Rücktritt des Grafen Lerchenfeld.

Der Rücktritt des Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld darf nach dem Ergebnis der Besprechungen des Ministerpräsidenten mit dem Führer der Bayerischen Volkspartei, Herrn Held, als sicher gelten. Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz“ erklärt zwar, daß bis zu diesem Augenblick eine endgültige Entscheidung noch nicht getroffen sei, fügt aber hinzu, daß Graf Lerchenfeld selbst sich den Zeitpunkt seiner Entscheidung vorbehalten habe. Dieser Zeitpunkt der formellen Erklärung des Rücktritts ist gegeben, wenn die Verhandlungen der Koalitionsparteien über den Nachfolger, die bereits begonnen haben, zu einer Einigung geführt haben und dann die Einberufung des Landtags möglich ist; der Zusammentritt des Parlaments ist, wie die „Bayerische Staatszeitung“ mitteilt, bereits für die kommende Woche in Aussicht genommen.

Der unmittelbare Anlaß der Regierungskrise ist die Tenenungsdenkschrift der bayerischen Regierung an die Reichsregierung, die auch in der Sitzung der Landtagsfraktion der Bayerischen Volkspartei entschieden abgelehnt wurde. Der Grund aber liegt in der wachsenden Gegnerschaft, die Graf Lerchenfelds Politik in seiner Partei gefunden hat. Lerchenfeld war von Anfang seiner Ministerpräsidentschaft an nicht nur von den rechtsstehenden Elementen außerhalb seiner Partei auf das schärfste bekämpft, sondern gegen ihn richtete sich auch eine nie rastende und vor keinem Mittel zurückweichende Ministerarbeit in der eigenen Partei. Der ehemalige Reichsbeamte, der sich eine aufrichtige Versöhnungspolitik sowohl im Innern wie gegenüber dem Reich zum Ziel gesetzt hatte, der sich zwar als rüchhaltiger Anhänger eines „aufgeklärten Föderalismus“ bekannte und sich entsprechend betätigte, dabei aber auch die Interessen und Bedürfnisse des Reiches gewahrt wissen wollte, war denen unbehagen und unerträglich, die Bayern zum Fort und zur Zukunft der Reaktion machen und den bayerischen Partikularismus zur schärfsten Offensive gegen die Weimarer Verfassung und die republikanische Reichsregierung führen wollten. Als der Konflikt Bayerns mit dem Reich im letzten Sommer innerpolitisch mit dem Wiedereintritt der deutschnationalen Mittelpartei in die Regierung und dem Ausschleiden der Demokraten endete, war das Schicksal des Kabinetts Lerchenfeld bereits entschieden und triumphierend verkündeten die parteigenösslichen Gegner Lerchenfelds, daß im Herbst mit den Regeln auch die „Perche“ Abschied nehmen werde. Graf Lerchenfeld hat aus Verantwortlichkeitsgefühl auch den wiederholten persönlichen Angriffen getrotzt, in der Annahme, daß die Mehrheit seiner Partei hinter der von ihm vertretenen Politik stehe. Aber der Boden unter ihm war so gründlich unterhöhlt, daß es jetzt seinen Gegnern gelang, mit der Tenenungsdenkschrift die dünne Schicht, die ihn noch trug, zu durchstoßen.

Für seine Nachfolge werden Namen in großer Zahl genannt, aber bisher ist alles müßige Kombination. Sicher ist nur, daß ein Mann gewählt wird, der Gewähr für eine Politik partikularistischer Initiative bietet, wie sie jetzt von der bayerischen Volkspartei und von der mit ihr verbündeten deutschnationalen Mittelpartei gefordert wird.

Die Lohnbewegung der Beamten und Staatsarbeiter.

Die Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die geforderte Erhöhung der Staatsarbeiterlöhne sind ergebnislos abgebrochen worden. Bekanntlich hatten die Spitzenorganisationen eine Stundenlohnsteigerung von 50 Mark gefordert, während von Regierungsseite auf die Septemberlöhne nur eine Zulage von 5 Mark für die Zeit vom 1. bis 15. Oktober, weitere 5 Mark vom 16. bis 31. Oktober und vom 1. November ab eine weitere Lohnzulage von 12 Mark zugestanden wurde. Von Arbeitnehmerseite wurde dieses Angebot der Regierung als völlig unzureichend abgelehnt. Auch die Bemühungen der Beamten, jetzt nach Verabschiedung des Besoldungsgesetzes die Regierung zu einer Aktion zu veranlassen, die der Tenenungsdenkschrift Rechnung trägt, sind bisher ergebnislos geblieben.

Eine Abordnung der Gewerkschaften hatte gestern wieder versucht, den Reichszentralrat zu sprechen, wurde jedoch von Regierungsrat Ostermann empfangen, der im Auftrage des Reichszentralrats erklärte, daß für die Wünsche der Beamten nur der Reichsfinanzminister zuständig sei.

Eine Unterredung mit dem Reichsfinanzminister ergab, daß Verhandlungen über irgendwelche Erhöhungen für Beamte oder Staatsarbeiter erst möglich seien, wenn der Finanzminister die Genehmigung des Kabinetts zu dieser Angelegenheit hat. In den Beamten- und Arbeiterkreisen hat die so geschaffene Situation große Erregung hervorgerufen. Gegenwärtig tagt in Berlin der Vorstand des Deutschen Beamtenbundes, der mit einer Erklärung für die Regierung und die einzelnen Ressorts befaßt ist. Eine gestern stattgefundene Funktionärerversammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Ortsgruppe Berlin, faßte eine Entschliebung, in der der Hauptvorstand aufgefordert wird, die Regierung darauf hinzuweisen, daß die Eisenbahner gewillt seien, bei einer weiteren Ablehnung zu schärfsten Maßnahmen zu greifen. Dem Hauptvorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes sollen inzwischen zahlreiche Telegramme aus dem Reich zugegangen sein, in denen die Ortsgruppen nötigenfalls den Kampf fordern.

Musikalisch-Unmusikalisches aus München.

München, Ende Oktober.

Die Münchener „Opernfestspiele“ im Prinzregenten-, National- und Residenztheater sind zu Ende gegangen mit einem beträchtlichen künstlerischen und unbeträchtlichen wirtschaftlichen Erfolg der Staatsoper, aber auch mit einem schweren Jammer daran, die der hohen Preise wegen von diesen Kunstgenüssen derzeit gänzlich ausgeschlossen sind, und aller deren, die die maßlose Teuerung in München nicht mit Unrecht auch auf den Zustand des ehemals so beliebten „Laufkräftigen“ Fremdenpublikums zurückzuführen. Unter Bruno Walters hingebenden und hochbegabter Leitung hat unsere Oper Triumphe gefeiert und sich auf einer vielleicht in der ganzen Kulturwelt der Vor- und Nachkriegszeit nicht erreichten Höhe gehalten. Daß einige Unbilligkeiten, wie die Festauführung von Webers „Corydon“ nicht gehalten werden konnten und einzelne Aufführungen nicht durchweg auf der Stufe des sonst gebotenen „Außerordentlichen“ standen, hat den Gesamteindruck der hervorragenden Leistung nicht wesentlich abgeschwächt.

Der glänzenden Schlußaufführung der Opernspiele, den „Meisterjüngern“ folgten dann Abschiedsfeierlichkeiten für den scheidenden Generalmusik- und Operndirektor Bruno Walter und Einführungsfeier für den neuen Operndirektor Hans Knappertsbusch. Während der unglückliche Generalintendant, Geheimrat Reich, den scheidenden Operngeneralmusikdirektor Bruno Walter mit dem rührenden Abschiedswort entließ: „Ein freundlich Gedenke wolle von Dir zu uns“, hat sich der neue Mann durch seine Leitung von „Christen“ und „Humbertinas“ neuinstudierten „Königsfincken“ ebenso durch das erste „Akademie-Konzert“ wirklich im Sturm die musikalischen Herzen erobert. Für einen Teil der Kritik, der in Superlativen über Bruno Walter ex officio wahre Degen verübte, war und ist es nun eine harte Aufgabe, den neuen Heros so zu feiern, wie er es wirklich verdient. Knappertsbusch hat trotz des großen Vertrauens, das ihm vom Publikum entgegengebracht wird, keine leichte Aufgabe. Im Engagement von Opernkraften hatte Bruno Walter oft keine glückliche Hand und die Disziplin der Solisten wie des Chors richtet sich heutzutage nicht nur nach der Achtung und Autorität, die der Operndirektor genießt, sondern nach den Geldern, die der Generalintendant genehmigen kann. Wenn wir soweit Herr im eigenen Hause bleiben, daß wir die Eintrittspreise für Ausländer nach ihrer Valuta bestimmen, wird ja den Münchener Kunststätten mit ihrem starken Fremdenbesuch immerhin eine besondere Einnahmequelle aufstehen, die bei den heutigen Kosten des Opernbetriebes nicht entbehrt werden kann. Die sozialen Theatervereine forcen zwar dafür, daß auch recht

Am den Achtstundentag.

Auf der Internationalen Arbeiterversammlung zu Genf kam es zu einer scharfen Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer über die Frage des Achtstundentages und weiterhin der Washingtoner Konvention im allgemeinen. Zu Beginn der Sitzung verlas der belgische Arbeiterdelegierte Gallier, wie die „Bosche Zeitung“ berichtet, in französischer und der belgische Arbeitgeberdelegierte Lathou in englischer Sprache eine gleichlautende gemeinsame Erklärung der Arbeitgebergruppe.

In der Erklärung versichern die Arbeitgeber die Arbeitgebervertreter ihres besten Willens, indessen betonen sie, daß sie nicht vergessen dürfen, daß auf ihnen die Verantwortlichkeit für die Beschaffung der Existenzmittel ihrer Völker ruhe. Am Ende des Krieges habe man vielfach geglaubt, daß eine neue Blütezeit eintreten würde. Die kriegsführenden Länder hätten aber das während des Krieges vernichtete Gut durch Aufnahme neuer Arbeit zu decken. Die nicht kriegsführenden Länder seien durch das ihnen zufließende Gold mit ihrem Reichtum heute in einer fast ebenso peinlichen Lage, wie die anderen Länder mit ihrer Armut. Es sei eine Pflicht der nationalen und internationalen Gerechtigkeit und Solidarität, daß Werte geschaffen werden müssen, die den aufgenommenen Anleihen entsprechen. Bei der Begründung der Arbeitsorganisationen sei das Ziel nicht nur das gewesen, den Arbeitern ein besseres Leben zu sichern, sondern auch das, kein Volk deshalb im internationalen Konkurrenzkampf unterliegen zu lassen, weil es seine Arbeiter besser behandle. Aus allen diesen Gründen erkläre die Arbeitgeberdelegierten der vierten internationalen Arbeiterversammlung, daß sie zwar den Grundgedanken der Washingtoner Konferenz treu bleiben wollen, sich aber ferner den Bedingungen wehren müssen, die jedes Volk heute zwingen, von allen seinen Angehörigen die zur Wiederherstellung des wirtschaftlichen Lebens und des Weltfriedens notwendigen Opfer zu verlangen.

Eine scharfe Rede des französischen Arbeiterdelegierten Jouhaux war die Antwort. Die Rede wurde von der sonst ziemlich unruhigen Konferenz mit lautlosem Schweigen angehört. Jouhaux erklärte zum Schluß: Für das internationale Arbeitsamt gebe es in dieser Frage nur zwei Wege: entweder erweise es sich als fähig, die auf der Konferenz gefassten Beschlüsse durchzuführen zu lassen, oder es müsse den Bankrott erklären. Die Arbeitermassen, die heute im Arbeitsamt mit Regierungen und Arbeitgebern zusammenarbeiten, würden dann wieder ihr Handlungsfreiheit erhalten und in den offenen Kampf zurückkehren.

Albert Thomas erklärte im Schlußwort, daß man die Notwendigkeiten, die aus der gegenwärtigen Wirtschaftskrise erwachsen, anerkennen müsse. Aber nur unter der Bedingung, daß die Bereitwilligkeit nicht den Gedanken, der Seele des Abkommens Abbruch tue und daß in allen Ländern das Bestreben vorherrschend bleibe, das Bestreben der Arbeitsverfassung zu halten. Dazu gehört auch, daß die beruflichen Arbeiterorganisationen nicht zerfallen. Trotz aller gegenwärtigen Schwierigkeiten dürfe man optimistisch bleiben.

Ein neuer Sturz des Franken.

Das Ereignis des Tages für Paris ist ein neuer Sturz des französischen Franken, der ernste Beunruhigung hervorruft. Das Fund Sterling wurde während der heutigen Börse nach einem Anfangskurs von 64 bis auf 65 Franken gestiegen, als amtlicher Mittelkurs wurde 64,94 notiert. Der Dollar erreichte einen Kurs von 14,82. Auch die deutsche Mark stieg und wird mit einem mittleren Kurs von 35 notiert. Die „Liberte“ berichtet, der Frankenturz werde in Vorkriegszeiten hauptsächlich durch zwei Ursachen erklärt, nämlich durch die Rückwirkung der Kammerdebate über die bedrohliche Finanzlage Frankreichs und durch die amtliche Mitteilung, daß der Anfall der französischen Ernte einen Fehlbetrag aufweise, der umfangreiche Einfäufe im Ausland erforderlich macht. Das Blatt bemerkt, weiter, zu diesen beiden Ursachen käme die täglich zunehmende Befürchtung, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nicht nachkommen werde.

Zu den Angaben der „Liberte“ sei bemerkt, daß der Frankenturz für die wirklich unterrichteten Kreise von Paris keine Überraschung war und in diesen Kreisen hauptsächlich als Folge des Marksturzes betrachtet werde. Nach den Mißerfolgen der Anleihebesprechungen des Bankierkomitees im Frühjahr dieses Jahres wurde in hiesigen Finanzkreisen propheet, das eng-

lische Fund werde vor Jahreswende einen Kurs von mindestens 80 erreichen. Der parallele Niedergang von deutscher Mark und französischer Franken ist seit dem Friedensschluß von Pariser Blättern häufig betont und in graphischen Darstellungen geschildert worden.

Gegen die Devisenspekulation.

In einer Versammlung der beteiligten Ausschüsse des Deutschen Industrie- und Handelsstages am 25. Oktober wurde einstimmig folgende Erklärung zur Verordnung gegen die Spekulation in ausländischen Zahlungsmitteln vom 12. Oktober 1922 abgegeben:

Der Deutsche Industrie- und Handelsstag hält es für dringend geboten, daß alle geeigneten Mittel angewandt werden, um die Devisenordnung und -hamsterei zu bekämpfen. Um so schärfer muß dagegen Stellung genommen werden, daß, statt unter enger Fühlung mit sachverständigen Wirtschaftskreisen ein brauchbares und wirksames Gesetz zu schaffen, ohne jede Anknüpfung dieser Kreise eine Devisenordnung erlassen worden ist, die technische Mängel schlimmster Art aufweist, eine allgemeine Rechtsunsicherheit erzeugt, wirtschaftlich notwendige Maßnahmen unterbindet, wesentliche Zweige des Handelsstandes brachzuliegen droht, den deutschen Kaufmann zugunsten des nach Deutschland importierenden Ausländers benachteiligt und deshalb nicht nur nicht das erstrebte Ziel erreichen kann, sondern im Gegenteil die Volkswirtschaft schädigt und letzten Endes den Sturz der Mark noch beschleunigt. Es wird mit allem Nachdruck gefordert, daß die Verordnung, die nach Anlage und Inhalt einer Verbesserung durch neue Ausführbestimmungen keineswegs fähig ist, unüberzüglich aufgehoben und durch ein taugliches Gesetz ersetzt wird, zu dessen Vorbereitung der Deutsche Industrie- und Handelsstag seine Mitwirkung ausdrücklich anbietet.

Für deutsches Prozeßverfahren in Elsaß-Lothringen.

Die Rechtsanwälte Elsaß-Lothringens, die sich bereits in ihrer Generalversammlung vom 30. September gegen den französischen Gesetzentwurf zur Anpassung des Prozeßverfahrens an die französische Gesetzgebung und für die Beibehaltung des bisherigen deutschen Verfahrens ausgesprochen hatten, bringen ihren Protest in einer gemeinsamen Kundgebung zum Ausdruck der Öffentlichkeit. Es heißt darin: Es könne niemandem gleichgültig sein, ob die Formalitäten eines Prozeßes einfach oder kompliziert seien und ob die Prozedur schnell oder erst über zahllose Schwierigkeiten hinweg zum Urteil führe. Der von Professor Chéron ausgearbeitete Gesetzentwurf, der zwei grundverschiedene Verfahren verschmelzen wolle, sei verhängnisvoll für das ganze Land wegen der Komplexität und Verwirrenheit seiner Bestimmungen, in denen sich selbst ein Sachmann schwer zurechtzufinden vermöge. Wenn die Autoren des Gesetzentwurfes der Ansicht gewesen seien, daß dafür in erster Linie politische Gesichtspunkte ausschlaggebend zu sein hätten, so seien die Rechtsanwälte im Gegenteil der Auffassung, daß hier einzig und allein das Interesse der Rechtsuchenden zu entscheiden habe. Aus dieser Erwägung heraus fordern die Anwälte die Ablehnung des Gesetzentwurfes und die einstweilige Beibehaltung des gegenwärtig geltenden (deutschen) Prozeßverfahrens.

Kurze polit. Nachrichten.

Das Verfahren gegen Pfarrer Traub. Ein auf Grund des Gesetzes zum Schutz der Republik gegen den bekannten deutschnationalen Pfarrer Traub eingeleitetes Verfahren wegen Beleidigung des Reichspräsidenten und der Reichsminister ist in seiner Voruntersuchung zum Abschluß gelangt. Der Oberreichsanwalt beantragte Eröffnung des Hauptverfahrens vor dem süddeutschen Senat.

Frankfurter Segelflug-Record. Schneller als man geglaubt hatte, ist der von Herten auf der Wassertrappe aufgestellte Rekord im Segelflugzeug von 3 Stunden 10 Minuten überholt worden. Der Franzose Manœuvre hat den von der

Die Politik verdirbt sicher manchen Charakter, aber der Charakter eines großen Künstlers wird nicht durch seine politischen Äußerungen bestimmt. Hier ist alles Gefühl manchmal sogar Herzblut; die verstandesmäßige Kreuze gesich selbst konzentriert sich in seinen künstlerischen, nicht politischen Leistungen. Und so könnte man, wenn man tolerant ist, in dieser Frage auch von dem politisierenden Künstler sagen: „Hab ich nur deine Liebe, die Treue brauch ich nicht!“ Damit werden sich auch die guten Münchener, wenn die Sektion verblüfft ist, gerne trösten.

Rudwig F. H. A., der die politischen „Leitlinien“ bei jeder Gelegenheit scharf aufs Korn genommen hat, wurde es schwer verdrückt, daß er von einem Saulus zum Paulus geworden war. Wer ihn näher kannte, der verstand und liebte diesen bodenständigsten altbayerischen Dichter und Patrioten — er suchte seinen Vaterlande zu dienen mit allen seinen Kräften und mit seinem ganzen Herzen. Dieser Dienst geht ihm in den Zeiten des wilhelminischen Wüderturns andere Seiten aufzuzeigen als in den Kriegs- und Revolutionsjahren. Man muß also auch bei der politischen Wertung eines Künstlercharakters untercheiden zwischen Unbefonnenheiten und überlegter, ersterer Wandel. Ob die Wandlung nach der richtigen Seite hin ausgefallen ist, wird von den Zeitgenossen, die ihre politische Überzeugung natürlich für die richtige halten, immer verchieden beurteilt werden.

In ganz anderer Beziehung droht die Politik unsere Künstler zu verderben: Der künstlerische, kunstbegierige Mittelstand liegt in den letzten Zudungen; die neue „Gesellschaft“, die sich gebildet hat und unsere alten Theater und Konzertsäle füllt, hat keine inneren Beziehungen zu echter Kunst. Dem Künstler erschwindet mehr und mehr der Resonanzboden, auf dem wahre Kunst erstlingt. Kamentlich der aufstrebende, junge Künstler wird die wirtschaftlichen Bemühungen so schwer empfinden, daß er nicht einmal mehr durchdringt zu dem neuen, höchst zweifelhaften Resonanzboden, auf dem der „Star“ allein noch Wüderhall und Lerte findet, die mehrere Hundert und bald Tausend Mark Eintritt bezahlen können. Im letzten Konzertwinter wurden in München 680 Konzerte gegeben, davon nur 107 Kammermusikabende, also ein Beweis für das große musikalische Verfallnis und die Opferlosigkeit des Publikums, das die schon im letzten Jahre stark gestiegenen Eintrittspreise bezahlte. Wie wird das in dem bevorstehenden Winter und in den nächsten Jahren werden? Der Auge Kulturpolitiker, stellvertret. Direktor der Akademie der Tonkunst Herrn. W. v. Waltershausen hat in der Programmzeitung des Süddeutschen Konzertbureaus den wirtschaftlichen Zusammenbruch unserer Musikwelt vorausgesagt. Wird es möglich sein, dieses Unheil abzuwenden? Folgen wir unserem Hans Sachs: Raffet die heilige deutsche Kunst!

Dr. Friedrich Böhl.

minderwertige Schauspielaufführungen im entlegenen Bringenretheater voll besetzt sind, die Teuerung in München schreitet aber mit solchen Riesenschritten vor, daß trotz der Fremden, und der vollstündigen Kunstpflege ernste Sorgen für die Zukunft unserer ersten Theater bestehen. Freilich bedarf auch unser Schauspielensemble der Staatsoper einer gründlichen Bereicherung durch künstlerische Persönlichkeiten, die trotz der großen Nebeneinnahmen aus der Filmspieler nicht billig zu haben sind. Es tut einem in der Seele weh, wenn man so manche von einem begabten Ausstattungsmeister und Regisseur vortrefflich entworfene Szene an der künstlerischen Inferiorität der Darsteller und Darstellerinnen verpuffen sieht, wie z. B. in unserer neuen „Hamletinszenierung“.

Hatte bei dem Wechsel in der Operleitung schon die Politik, besser gesagt die leidige Massenfrage, mit herein gespielt, so gab es dieser Tage im Staatsopertheater eine politische „Sensation“. Der sehr tüchtige Regisseur Erich Engel soll bei einer Probe zu Julius Caesar den Komparsen zugerufen haben, sie müßten sich zum Empfang Cäsars so hinstellen, wie das „blöde Münchener Volk beim Besuch Hindenburgs“. Die Unterführung des in der Presse sofort aufgedauerten Falles ergab, daß der Regisseur allerdings eine solche Bemerkung gemacht habe, daß diese temperamentvolle Handlosse aber nicht „so schlimm“ gewesen war, wie gemeldet, und daß Herr Engel von seinem Generalintendanten bereits dafür eine „Kasse“ von entsprechender Länge erhalten habe. (Daß jemand wegen solch einer Bemerkung eine „Kasse“ erhalten kann, ist auch nur in München möglich. Die Red.) Engel hatte mit seiner Bemerkung nur die Bankelmütigkeit des Volkes plattlich kennzeichnen wollen. — Der hier beim Bühnenvolk entzündete Lärm um wenig beweist, wie weit die Gefinnungslosigkeit und politische Korruption in dem ehemals gerade auf diesem Gebiet so gemühtlichen München gediehen ist. Was aber den Bankelmut des Volkes anlangt, so mag daran erinnert werden, daß man in dieser Hinsicht auf den Brettern, welche die bayerische Welt bedeuten in den ersten Revolutionszeiten ganz ausgezeichnete Darstellungen erlebt hat. Hatte doch der große Münchener Adelstift und Freund des alten Prinzregenten, obendrein der Sohn des berühmten Hofadlers Seidl, sich beiläufig, Herr Kurt Eisner die Dekorationen zu seiner pompösen Revolutionsfeier im Nationaltheater zu entwerfen! Und ein anderer Goethe im Reiche der Münchener Kunst, der Dichter Thomas Mann hat durch sein — es ist schauderhaft, höchst schauderhaft — in Berlin abgelegtes Vermittnis als Volkrepublikaner seinen Münchener konservativen Freunden erst in den letzten Tagen wieder eine harte Nuß zu kneten gegeben. Wenn die führenden Künstler solche glänzenden Vorbilder liefern, wer sollte noch daran zweifeln, daß es ein Regisseur nicht nötig hat, seine steifen Komparsen mit der Reproduktion des Münchener „Volkes“ aufzumuntern.

Wer in Künstlerkreisen — nicht nur Münchens! — zu Hause ist, wird derartige Schönheitsfehler nicht allzu traurig nehmen

Daily Mail' ausgelegten Flugpreis von 1000 Pfund mit einem Flug von 3 Stunden 20 Minuten gewonnen. Maneyrolle hat also den deutschen Rekord um zwölf Minuten geschlagen. Die englischen Blätter berichten ausführlich über dieses Ereignis. Eine nach vielen Tausenden zählende Menschenmenge wohnte dem Flug bei. Das Wetter war kalt aber sonnig, die Windgeschwindigkeit betrug etwa 40 Meilen in der Stunde, war also dem Unternehmen sehr günstig. Am frühen Nachmittag hatte es geregnet, und zwei Stunden später setzte starker Wind ein. Maneyrolle war mit der Absicht ausgeflogen, den deutschen Rekord zu schlagen. Nachdem er zwei Minuten hochgefliegen war, stand er so in der Luft, als ob er immer dort bleiben wollte — so berichten die englischen Blätter. Er landete nach 3 Stunden 20 Minuten in der Dunkelheit. Die zweitbeste von dem Engländer Rayham erzielte Zeit beträgt 1 Stunde 53 Minuten, steht also nicht weit hinter derjenigen des Franzosen zurück. Ein anderer englischer Flieger Gordon England, der früher aufgestiegen war, erlitt einen Unfall. Er verlor die Kontrolle über seine Maschine, stürzte zu Boden und zog sich einen Bruch des linken Beines zu. Mehr Glück hatte sein Landsmann Olsen, der auf einem Hocker-Sweitzer mit einem Beobachter aufgestiegen und einen Flug von 40 Minuten ausführte, die beste bisher im Zweiflüger erzielte Flugzeit. Auch diese Maschine wurde nach der Landung schwer beschädigt. So sind denn die auf der Wasserkuppe erzielten deutschen Erfolge nicht vergänglich gewesen. Sie haben den Anschein zum weiteren Ausbau und weiterer Verwirklichung des Segelflugproblems gegeben, und wir dürfen uns der jehigen französischen und englischen Erfolge ebenso freuen, wie wir uns und mit uns die ganze Welt für die deutsche Flugtat begeistern können.

Sonntagsfahrkarten gelten bis 100 Kilometer. Bisher betrug die Entfernungsgrenze, bis zu der Sonntagsfahrkarten ausgeben werden konnten, bekanntlich 75 Kilometer. Diese Grenze ist jetzt mit Wirkung vom 1. November ab auf 100 Kilometer erweitert worden. Bei den bevorstehenden Fahrpreiserhöhungen, die vom 1. Dezember ab das Vierfache der am 1. Oktober um 50 Prozent erhöhten Fahrpreise ausmachen, bedeutet die Ausdehnung der für die Sonntagsfahrkarten geltenden Zone auf 100 Kilometer eine begrüßenswerte Vergrößerung.

Stettin-Basel in 40 Stunden. Das Bedürfnis nach einer raschen und bequemen Verbindung zwischen Stettin und der Schweiz hat jetzt zur Einstellung eines neuen Expresszuges geführt, der zum ersten Male am 25. bezw. 26. November nach der Schweiz, am 27. bezw. 28. November von der Schweiz nach Stettin abfahren wird. Der Zug lief schon im letzten Winter einige Male und war so gut besetzt, daß er jetzt endgültig in den Winterfahrplan der deutschen Reichsbahn aufgenommen wurde; er soll zunächst wöchentlich einmal in der Nacht zum Sonntag nach Basel, in der Nacht zum Dienstag von Basel nach Stettin abfahren.

Badische Wochenrückblicke.

Eiskränze hängen an den Bäumen, auf den Feldern liegt der erste Schnee. Die Sorgen der Kartoffelzukunft, die in die Städte eine absolut unzulängliche ist, drängen sich stärker in den Vordergrund. In einem Artikel, den wir in unserer gestrigen Nummer der „Karlsruher Zeitung“ brachten, nimmt das Ministerium des Innern zu dieser Frage Stellung. Da Angelegenheiten vorhanden sind, daß ein Teil der Landwirtschaft keine Kartoffelernte über ein erträgliches Maß hinaus überwinden will, um im Frühjahr dadurch zu größeren Erträgen zu kommen. „Die infolge des ungeheuren Marktzuges — so heißt es in dem Artikel — und die sich aus ihm heraus vollziehende Teuerungswelle hat die Gemüter aller Bevölkerungsstände in eine durchaus verständliche sehr starke Wallung gebracht, wegen der die Mahnung gerechtfertigt ist, daß jeder Produzent und Warenvermittler das Seine dazu beitragen möge, um ein Überschreiten dieser allgemeinen Erzeugung zu verhüten. Das Ministerium des Innern hat rechtzeitig und wiederholt die verschiedenen Berufsstände auf den fürchtbaren Ernst der Situation hingewiesen, die sich in der Auswirkung der wirtschaftlichen Not ganz zwangsläufig ergeben muß. Sollten diese Ermahnungen ungehört verhallen, wie das leider allerdings verschiedentlich beobachtet werden kann, dann müssen aber auch jene Kreise, welche durch ihr Verhalten die Komplikationsgefahren steigern, sich darüber klar sein, daß alle Dinge einmal ihr Ende finden. Das deutsche Volk hat sich bellamlich im Weltkrieg in hartem Ringen zu Tode gefeiert. Verschiedene maßgebende Stände des deutschen Volkes sind auf dem besten Wege und in vollem Zuge dabei, sich zu Tode zu bereiten.“

Wir haben für diesen Winter genügend Kartoffelvorräte aus der Ernte. Würden alle Mahnungen und Appelle an Produzenten und Warenvermittler nicht nützen, dann müßten die Kartoffelvorräte zwangsläufig erschöpfen werden. Man hofft noch immer auf die Einsicht der maßgebenden Kreise.

Wir stehen vor der neuen Brotpreiserhöhung. Der Preis für Roggenmehl, der bisher 1580 Mark für den Doppelzentner betrug, ist mit Wirkung vom 30. Oktober auf 4495 Mark, der des Weizenmehles von 1885 auf 4865 Mark erhöht worden. Wir werden also für ein Marktbrot ungefähr das Doppelte zu zahlen haben! Wer hätte früher an solche hohe Raten für „unser tägliches Brot“ gedacht? Für marktfreies Brot wird der Preis für ein 1150 Gramm Brot sich auf wenigstens 200 Mark stellen. Es soll klar sein, wenn Hausaltungen, die nach den Bestimmungen der Verordnung über Wegzug von Marktbrot auf freies Brot zu verweisen sind, für ihre Hausangehörigen Brotkarten in Anspruch nehmen. Das Badische Ministerium des Innern hat bekanntlich für die Festsetzung der Einkommensgrenze der Familien das Hauspersonal und diejenigen Familienangehörigen, welche über ein ausreichendes Einkommen zur Freistellung einer eigenen Existenz verfügen, nicht mit einrechnen lassen. Infolgedessen können nun auch in diesen Haushaltungen den Hausangehörigen die Brotkarten vorenthalten werden.

Interessant ist eine Gegenüberstellung früherer und heutiger Fleischpreise, wo jetzt der Kraten auf dem Tisch des Bürgers und Arbeiters so selten geworden ist. Im Oktober kostete ein Pfund Ochsenfleisch mit Knochen 170—240 Mark, im selben Monat 1921 dagegen 10—12 Mark, und im Jahre 1913 gar 0,96 Mark. Rindfleisch 200 Mark (1922), 14 Mark (1921), 94 Pfennig (1913). Kalbfleisch 250 Mark (1922), 15 Mark (1921), 1,05 Mark (1913). Schweinefleisch 450 Mark (1922), 20 Mark (1921), 1 Mark (1913). Von den anderen Wochenmarktpreisen: Kartoffel 6 Mark (1922), 0,90 Mark (1921), 0,04 Mark (1913). Eier Stück 45 Mark (1922), 3,20 Mark (1921) und 10 Pfennig (1913) und schließlich Butter das Pfund 660 Mark (1922), 34 Mark (1921) und 1,50 Mark (1913). Tempora mutantur...

Von den Reichsmitteln für die Rentempfangen der Invaliden- und Angefallenenversicherung sind 86 Millionen nach Baden abzurufen. Beihilfen in Form von Sachleistungen als Winterbeihilfe für die Sozialrentner sollen von den Gemeinden geleistet werden. Es dürfen nur Rentempfangen berücksichtigt werden, die Unterstützung auf Grund des Gesetzes über Notstandsmaßnahmen erhalten können. — Sozialrentner, die bereits auf Grund dieses Gesetzes unterstützt werden, können die Zuwendung ohne besonderen

Antrag von Amts wegen erhalten, wenn sie nach Absatz 2 der Unterstufung des Notstandsgesetzes noch bedürftig sind, d. h. wenn bisher die Notstandsunterstützung schon in dem höchstmöglichen Betrage gewährt worden ist, die Bedürftigkeit aber dadurch nicht behoben wurde. Andere, die bisher Unterstützung nach dem Notstandsgesetz nicht erhalten konnten, weil sie dessen Voraussetzungen z. B. infolge geringen Überschreitens der Einkommensgrenze, nicht voll erfüllen, können auf Antrag eine Zuwendung erhalten, sofern sie hierzu bedürftig sind. Vorweisungen an Anstalten oder Anstaltsinsassen sind unzulässig. Diese Notstandsmaßnahmen, über welche wir dieser Tage auch in unserem amtlichen Teil berichtet haben, werden bei den Sozialrentnern sicherlich lebhaft begrüßt werden.

Erhebliche Tarifierhöhungen und zugleich durchgreifende Verkehrsbeschränkungen sind bei den Straßenbahnen des Reichs, der Länder und Städte an der Tagesordnung. Die große Geldentwertung ruft eine bedeutende Steigerung der Betriebskosten hervor. In gleicher Zeit müssen Kündigungen einer größeren Zahl von Fahrgeldbesitzern leider notwendig werden. Die Baukosten für Instandhaltung der Straßenbahn stiegen auf das 400—500fache des Friedenswertes, was bei der letzten Geldentwertung bereits wieder überholt worden ist. Unter diesen Umständen ist es den Straßenbahnverwaltungen kaum möglich, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Weitegehende Einschränkungen und Einstellungen von Straßenbahnbetrieben sind die natürliche Folge. Bisher haben von den wichtigsten Betrieben folgende aufgeführt zu fahren: Osnabrück, Münster i. W., Würzburg, Schwelm, Jülich, Altona, Friedberg i. S., Randsberg a. W., Bernburg u. a. Außerordentlich nachteilig hat sich auch die scharfe Konkurrenz seitens der Reichsbahnen erwiesen, die mit ihren Tarifen in der letzten Zeit noch viel langsamer als die Straßenbahnen der Entwertung gefolgt sind, und dadurch manche Vorort-Straßenbahn zum Untertanen gebracht haben. In Berlin und Hamburg zeigt sich eine stärkere Abwanderung von der Straßenbahn zu den vom Reich mit Milliardenzuschüssen betriebenen Stadt-, Ring- und Vorortbahnen. Das Verhältnis der Anzahl Fahrgäste auf der Stadtbahn zu der Fahrgastzahl der Straßenbahn in Berlin war im Jahre 1920 41,8:60,4 und jetzt bloß 57:43. Die vom Ausland bezogenen Baustoffe, wie Kupfer, Gummi folgen der Preissteigerung auf dem Fuße. Die Kohlenpreise steigen zudem demnach wieder auf das Doppelte und dreifache. Auch die Kohlensteuer, die den Elektrizitätswerken durch das Reich auferlegt wurde, zwingt die Straßenbahnverwaltungen, zu übermäßig teuren Preisen ihren Strom zu beziehen.

Die meisten Straßenbahnen könnten vorläufig noch dadurch in Betrieb gehalten werden, daß sie neben den Tarifierhöhungen durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln gestützt würden. Aber jede Tarifierhöhung brachte eine steigende Verkehrsabnahme mit sich, da sich viele Leute mangels entsprechender Anpassung ihres Einkommens an die fortwährende Teuerung den Luxus der Straßenbahnbenutzung nicht mehr leisten können. Nur wer die Straßenbahn benutzen muß, fährt noch, so daß die am meisten einbringende Kategorie Kurzfahrer nahezu ganz verschwunden ist. Sicherlich hindert auch der immerhin komplizierte Verwaltungsapparat die einzelnen Straßenbahndirektionen daran, bei günstigen Angeboten auf Materialien wie Kupfer, Messing, Schienen usw. sofort zuzugreifen zu können. Es müssen meist erst die zuständigen städtischen Körperschaften ihre Zustimmung erteilt haben. Kräftige Zustimmung ein, so werden die meist freibleibend gestellten Angebote nicht immer in vollem Umfang aufrecht erhalten werden können. Verschiedentlich sind deshalb in Zeitungsartikeln Verwaltungsreformen in dieser Richtung vorgeschlagen worden.

Schon zeigen sich bei den hiesigen Straßen- und Lokalbahnen neue Veränderungen. Zum Ausgleich des erneuten Anstiegs der Löhne und Materialpreise werden die Fahrpreise bei der Karlsruher Lokalbahn, vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtvorstandes, um durchschnittlich 85 Prozent mit Wirkung vom 1. November 1922 ab erhöht. — Dann treten aus Ersparnisgründen in den ersten Tagen des Monats November einige Änderungen in der Linienführung der städtischen Straßenbahn ein. Die Linie 1 Durlach-Mühlhausen und Linie 3 Ring behalten ihre bisherige Richtung. Die Linie 2 beginnt nicht mehr am Schlachthof, sondern beim Friedhof, fährt vom Durlacher Tor wie bisher über den Marktplatz nach dem Hauptbahnhof und dem Mühlhäuser Tor und ändert ihren Weg nach Mühlhäuser Tor, daß sie künftig durch die Westendstraße nach der Stöckelstraße fährt. Auch die Linie 5 hält vom Mühlhäuser Tor ab ihren derzeitigen Weg über Marktplatz, Öttinger Tor durch die Mühlhäuserstraße nach dem Bahnhof und von da durch die Kirchstraße nach dem Mühlhäuser Tor inne, und ändert erst auf der Rückfahrt von hier ihre Führung dahin, daß sie von der Weinbrennerstraße aus durch die Schillerstraße, Kaiseralle zum Mühlhäuser Tor zurückfährt. Sie ist also zu einer Ringlinie ausgeartet.

Da bei dieser Linienführung die Verkehrsleistungen der Linie 4 vom Friedhof bis Durlacher Tor von der Linie 2, und vom Mühlhäuser Tor bis zum Mühlhäuser Tor von der Linie 5 übernommen werden, kommt die Linie 4 in Wegfall. Die Wagen verkehren auch künftig in Zeitabständen von 7½ Minuten, für verkehrreiche Stunden sind Ersatzwagen vorgesehen.

Wir haben hier in Karlsruhe den 15 Mark-Tarif, Mannheim hat seit längerer Zeit den 20 Mark-Tarif. In Berlin führte die Stadtverwaltung von 10 auf 20 Mark eine so starke Verminderung der Benutzung dieses Verkehrsmittels herbei, daß man umfangreiche Verkehrsbeschränkungen vornehmen mußte. Auf mehreren Linien sind die Anhängewagen fortgefallen, auf anderen die Wagenfolge vermindert worden. Die Entlassung eines nicht unbedeutenden Teiles der Straßenbahnangestellten wurde dadurch auch unvermeidlich. Neue Erneuerungsarbeiten sollen nicht mehr vorgenommen werden.

Nicht nur das nachbarliche Mannheim, auch Heidelberg, das einen Straßenbahntarif im Vergleich zu anderen Städten bisher ziemlich niedrig gehalten hat, sieht sich nun auch gezwungen, die Fahrpreise bedeutend zu erhöhen. Es kostet auch dort schon die kürzeste Fahrt 20 Mark.

Der Börse, welche gerade eben mehr als je der Mittelpunkt der Barometrie unseres Wirtschaftslebens geworden ist, ist in Mannheim vor Wochen besonderes „Interesse“ entgegengebracht worden. Vier politisch verkehrte, junge Burden saßen anfangs dieser Woche auf der Anlagebank, weil sie an dem Handgranatenausschlag auf das Mannheimer Wirtenschaftsbäude beteiligt waren. Auf dem Wege der Nationalsozialisten Partei in München waren die Handgranaten, welche dann der kaum 20jährige Janzen in das Börsengebäude geschleudert hat, in einem Koffer gepackt worden. Auf den Einwurf des Vorstehers, warum er das Attentat begangen habe, meinte Janzen in der Verhandlung: Er wolle nicht nur Amos, auch Sagamer sein. Ein anderer Komplize mußte Augblicke gegen die Juden austragen, sowie Waffen, Munition und Handgranaten. „Es muß etwas“ geschehen, es muß einmal ein Anfang gemacht werden! Das Gerücht verurteilte Janzen zu 9 Monaten Gefängnis. Der Hauptführer der „Unterführer“ Maurice aus München, bei dem

man alle mögliche Munition und Waffen fand. Über die Angeklagten schreibt die „Mannheimer Volksstimme“ folgendes: „Die Deutschen sind von ihrer Wichtigkeit so überzeugt, daß man wirklich lächeln muß. Mit einer Naivität erzählt z. B. Maurice, wie er die Handgranaten, seine „Andenken“, ausgedehnt hat! Überhaupt München! Wie ein roter Faden zieht sich immer wieder der Name München durch die ganze Verhandlung. In München ist es schön; dort gibt es weniger Juden als in Mannheim; in München sind „wir“ die Herren; in Mannheim steht es schlecht; deshalb muß einmal etwas gemacht werden. Die Handgranaten dazu liefert der Untertruppführer Maurice. Wahrscheinlich, die mit Sakentanz und schwarz-weiß-rotem Nordbündel geschmückten „Gelden“ sind einander würdig! ...“

Badische Übersicht.

Das Kraftwerk an der Raumünzach.

P.A. Das der Bad. Landeselektrizitätsversorgung (Badenwerk) A.G. gehörige Kraftwerk an der Raumünzach, einem Seitenflusse der Murg, wurde dieser Tage in Betrieb genommen. Das Kraftwerk nutzt das Gefälle der Raumünzach zwischen Erbersbrunn und der Einmündung des Schwarzenbaches in die Raumünzach (im Mittel 70 Meter) und erzeugt bei einer Höchstleistung von 900 Kilowatt im Jahresmittel 3 900 000 Kilowattstunden. Die Anlage arbeitet über ein 20 000 Volt-Leitung auf das Leitungsnetz des Badenwerks und hat die Aufgabe, den für den Bau der Schwarzenbachstrecke benötigten elektrischen Strom herzustellen.

Schwarzwälder Volkskunst und Hausrat.

Der Landesverein Badische Heimat Freiburg hat einen Fragebogen an die Leitungen der höheren Schulen, an die Kreisräte und an die Kreise, an Lehrer und Geistliche zur Erforschung von Schwarzwälder Volkskunst und Hausrat versendet. In der Erwartung, aus den Ergebnissen manche Kläden in den Quellen auszufüllen und durch die Bearbeitung des Materials neben der Hebung gediegener, schöner Handwerkskunst besonders dem heimatländischen Unterricht in den oberen Schuljahren und in den Fortbildungsklassen neue, gesunde Wege weisen zu können. Das Kultusministerium hat die Schulbehörden angewiesen, durch möglichst genaue Beantwortung der Fragen die begrüßenswerten Bestrebungen des Landesvereins Badische Heimat zu unterstützen.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 75 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält folgende Verordnungen: des Ministeriums des Innern: Kleie; des Arbeitsministeriums: den Vollzug des Gesetzes über das Verfahren in Versorgungssachen vom 10. Januar 1922 (Reichsgesetzblatt Seite 89); die staatliche Prüfung von Sozialbeamten und Wohlfahrtspflegerinnen; die Einrichtung und den Betrieb von Aufzügen (Fahrstühlen); die Herstellung, Aufbewahrung und Verwendung von Ägeln sowie die Lagerung von Kalziumkarbid; den Verkehr mit verflüssigten und verdichteten Gasen.

* Nr. 76 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes enthält: Notgesetze: die fünfte Änderung des Besoldungsgesetzes; die Erhöhung der polizeilichen Geldstrafen. Verordnung des Ministeriums des Innern: die Schlichtung von Streitigkeiten aus dem Dienstverhältnis der Gemeinde- und Körperschaftsbeamten.

* Evangel. Landesynode. In einer kurzen Tagung trat am 25. d. M. die Evangel. Landesynode im Landtagsgebäude zusammen. Prälat D. Schmittner leitete die Tagung ein. Je größer die äußerliche Notlage der Kirche wird, desto mehr tut Pflege der Innerlichkeit not, um die innere Höhe zu heben. Präsident Dr. Wachsen entwarf ein Bild von der Finanzlage der Landeskirche; der Staatsregierung dankte er für die finanzielle Hilfe. Die zweite Vorlage enthält die Abmachung mit den Ständeherrn über die Befreiung der standesherrlichen Patronatsparzellen. Die 8. Vorlage ist eine Eingabe des Pfarrvereins und betrifft wirtschaftliche Anliegen der Geistlichen.

Die beiden Ausschüsse der Synode arbeiteten mit größter Emsigkeit, so daß die Tagung mit einer Abend Sitzung, die nach 6 Uhr begann und um 8 Uhr schloß, beendet werden konnte. Die Tagesordnung wurde debattiert durch Annahme der Anträge glatt erledigt. Berichterstatter für die Finanzvorlagen war Abg. Welter. Das Finanzgesetz wurde genehmigt und der Kirchenregierung in Gemeinschaft mit dem Finanzausschuß die Vollmacht zu dringlichen Maßnahmen erteilt. Namens der Synode dankte der Präsident für die vom Staate gewährten Beihilfen. Die Vorlage über Befreiung der standesherrlichen Patronatsparzellen, wozu Abg. Pfister den Bericht gab, wurde auf der Grundlage der Einigung mit den Ständeherrn durch Mehrheitsbeschluß angenommen. Die Rundgebung betraf die Verwendung von Nahrungsmitteln zur Herstellung von Alkohol, welche namens der volkstümlichen Gruppe Abg. Löw beauftragte, wurde einstimmig gebilligt.

Heidelberg, 28. Okt. Mit dem Neubau des hiesigen Bahnhofs, der von der Stadt fortberlegt werden soll und daher auch die gesamten Gleisanlagen umfaßt, war bekanntlich vor dem Kriege in großem Maßstab begonnen worden. Im Jahre 1914 wurden die riesigen Erdarbeiten, Brückenbauten usw. nur vorläufig fertiggestellt, und das andere blieb bisher alles liegen. Da die Fertigstellung des neuen Bahnhofs sehr viele Millionen, wahrscheinlich hunderte von Millionen erfordern wird, so hatten viele Heidelberger schon den Glauben an Weiterführung der Arbeiten aufgegeben, zumal man im Frühjahr mit einem Umbau des jetzigen Empfangsgebäudes für den Personenverkehr begonnen hatte. Wenn jetzt tatsächlich der Bahnhofsbaubau fortgeführt würde, dann würden innerhalb noch Jahre bis zur Inbetriebnahme vergehen. Der ebenfalls weit nach außerhalb verlegte neue Güterbahnhof, der sich dem Ganzen organisch einfügen wird, ist gerade noch rechtzeitig fertiggestellt worden.

CYKLONETTE



seit über 20 Jahren bekannt als wirtschaftlichstes Kleinauto. Einfache Bedienung, sehr billiger Betrieb. Verlangen Sie bestimmt noch heute Angebot

K. Z. auf 2-Sitzer, 4-Sitzer oder Lieferwagen von der Cyklon-Maschinenfabrik m. b. H. Berlin W. 8. 9582. Eine Postkarte genügt

